

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

| | |
|-----------------|---|
| Gremium | Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit |
| Sitzungsdatum: | Mittwoch, den 09.05.2018 |
| Sitzung Nummer: | 33 (SFFGA/033/2018) |
| Sitzungsdauer: | 16:32 - 17:49 Uhr |
| Sitzungsort: | Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg" |

Christine Paschke
Vorsitzende

Aline Klostermann
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Christine Paschke

Mitglieder

Herr Marcus Graubner

Frau Christel Güldenpfennig

Herr Horst Janas

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Frau Sandy Schulz

Vertretung für Frau Schwarz

sachkundige Einwohner

Frau Marlies Köhn

Frau Kerstin Schmidt

Protokollführer

Frau Aline Klostermann

entschuldigt

von der Verwaltung

Frau Claudia Bolde

Frau Birgit Hartmann

Frau Jacqueline Krehl

Frau Johanna Michelis

Frau Christiane Rütten

Frau Dr. Iris Schubert

Herr Sebastian Stoll

Gäste

Herr Ewald Kittner

Herr Dr. Carsten Rensinghoff

Abwesend:

Mitglieder

Frau Annegret Schwarz

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Juliane Kleemann

entschuldigt

Frau Xenia Schußler

entschuldigt

Frau Carola Stallbaum

unentschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Einwohnerfragestunde
 - 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 32. Sitzung des Ausschusses vom 14.03.2018
 - 6 Gesundheitliche Daseinsvorsorge im Landkreis Stendal - Positionspapier-
Berichterstatter: Frau Paschke
 - 7 Vorstellung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung im Landkreis Stendal
Berichterstatter: Herr Dr. Rensinghoff
 - 8 Information zur Arbeit der örtlichen Teilhabemanagerinnen im Landkreis Stendal
Berichterstatterinnen: Frau Michelis, Frau Bolde
 - 9 Vorstellung des Konzeptes zur Integrationsassistenz der ProJob Altmark
Berichterstatter: Herr Wernicke
 - 10 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Paschke eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Sachkundigen Einwohner, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung der Ausschussmitglieder und der Sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird festgestellt. Das Ausschussmitglied Frau Schwarz wird vertreten durch Herrn Dr. Richter-Mendau. Von den Sachkundigen Einwohnern fehlen entschuldigt, Frau Kleemann und Frau Schüßler. Frau Stallbaum fehlt unentschuldigt.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es folgenden Änderungsantrag:
Der Tagesordnungspunkt 9 „Vorstellung des Konzeptes zur Integrationsassistenz der ProJob Altmark“ wird abgesetzt, da sich der Berichterstatter entschuldigt hat.

Die anderen Tagesordnungspunkte bleiben bestehen.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen in der Einwohnerfragestunde.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 32. Sitzung des Ausschusses vom 14.03.2018

Der öffentliche Teil der Niederschrift der 32. Sitzung des Ausschusses vom 14.03.2018 wird einstimmig bestätigt.

zu TOP 6 Gesundheitliche Daseinsvorsorge im Landkreis Stendal - Positionspapier-Berichterstatter: Frau Paschke

Frau Paschke: Gemeinsam mit den Unterzeichnern (Herr Dr. Böhme, Herr Schulz, Frau Paschke) wurde ein Forderungskatalog zur gesundheitlichen Versorgung im Landkreis Stendal entwickelt. Der weitere Umgang mit diesem Positionspapier wurde vorab mit dem Landrat besprochen. Ich bitte um Hinweise der Mitglieder des Sozialausschusses zum weiteren Umgang mit diesem Positionspapier. Ein Ergebnis könnte sein, dass der Ausschuss gemeinsam mit dem Landrat dieses Positionspapier an die Landesregierung weitergibt.

Herr Janas: Es ist richtig, dass dieses Schreiben an die Landesregierung weitergegeben werden sollte, jedoch schlage ich vor, dass dieses auch der Sozialausschuss des Landtages erhält und die Vorsitzenden der Fraktionen.

Herr Graubner: Mein Vorschlag wäre, den Verteiler um die Kassenärztliche Vereinigung des Landes Sachsen-Anhalt, die Ärztekammer und die Zahnärztekammer des Landes zu erweitern.

Frau Paschke: Im Gespräch mit den Ärzten wurde immer wieder angeregt, dass die Werbung für dieses Studium viel eher, d. h., bereits im Gymnasium beginnen müsste.

Herr Janas: Ich denke nicht, dass das daran liegt, dass die Gymnasiasten kein Interesse an dem Arztberuf haben. Jedoch steht erst nach dem 2. Studienjahr nach der großen Hauptprüfung fest, ob jemand dieses Studium vollständig absolviert. Erst dann kann mit der Werbung für den ländlichen Bereich begonnen werden. Die Stadt Osterburg gibt zum Beispiel einen Anreiz von 700 € monatlich, wenn sich ein Arzt in der Einheitsgemeinde niederlässt.

Frau Güldenpfennig: Für mich steht die Frage, wie der Erfolg aus dem Positionspapier messbar ist? Wenn wir dieses an die Landesregierung verschicken, muss es auch eine Maßgabe geben, um dass der Sozialausschuss darauf eine Rückantwort erhält. Des Weiteren rege ich an, das Positionspapier noch einmal inhaltlich in einigen Punkten zu überarbeiten. (z. B. Beschlussvorlage für den Kreistag ist nicht korrekt)

Frau Paschke: Das Anschreiben für die Landesregierung wird gemeinsam mit dem Landkreis durch die Unterzeichner formuliert, dass wird in der Form erfolgen, dass wir auch eine Antwort erwarten. Der Kreistag kann zu diesem Sachverhalt keinen Beschluss fassen. Jedoch soll entsprechend der Rückantwort durch die Landesregierung über die Ergebnisse berichtet werden.

Herr Janas: Wenn es nur eine Forderung des Landkreises Stendal ist, ist es schwierig, die Landesregierung zu entsprechenden Maßnahmen aufzufordern. Eventuell sollte man dieses Positionspapier auch den Sozialausschüssen anderer Landkreise in Sachsen-Anhalt zur Verfügung stellen, die sich ebenfalls an die Landesregierung wenden sollten.

Frau Paschke: Ich sehe schon die Notwendigkeit, dass das Anliegen aus dem Positionspapier in die Öffentlichkeit getragen wird. Allerdings sollte es nicht den Ausschüssen anderer Landkreise zur Verfügung gestellt wer-

den. Die Landkreise haben Kommunale Selbstverwaltung und müssen dieses in ihrer eigenen Verantwortung entscheiden.

Herr Dr. Kühn: Die Themen aus dem Positionspapier sind Probleme, die es in ganz Deutschland gibt. Ich gehe davon aus, dass sie damit kein Erfolg haben werden.

Frau Paschke: Wenn niemand diese Forderungen gegenüber der Landesregierung aufmacht, dann kann es keine Änderung geben. Auch Herr Dr. Böhme hat in der letzten Beratung des Sozialausschusses angeregt, dass der Druck von unten, sprich von den Landkreisen, kommen muss. Für mich sind z. B. die Lehrer das beste Argument. Hier war es auch so, dass der Lehrermangel vehement angesprochen wurde und im Ergebnis stellt das Land nun mehr Lehrer ein.

Herr Graubner: Der Sozialausschuss ist ein empfehlender Ausschuss, deshalb genügt es, wenn dieser das Positionspapier an die Landesregierung heranträgt. Die Sozialausschüsse anderer Landkreise sollten dieses Positionspapier nicht erhalten, da jeder Landkreis andere Probleme und Bedingungen hat. Ein erhebliches Problem sehe ich in dem allgemeinen Fachkräftemangel. Es muss aber auch gesehen werden, dass es auch genügend Ärzte auf dem Land gibt und ein gewisser Konkurrenzkampf existiert.

Frau Paschke: Entsprechend der Statistik der Kassenärztlichen Vereinigung ist die Anzahl der Ärzte im Landkreis Stendal z. Z. noch ausreichend. Aber bei näherer Betrachtung dieser Statistik ist festzustellen, dass auch eine Vielzahl der Ärzte über 60 und über 65 Jahre alt ist. Es geht zukünftig darum, gleiche Bedingungen in Stadt und Land zu schaffen. Z. Z passiert gerade das Gegenteil, wenn insbesondere diese älteren Ärzte ihre Praxen schließen. Deshalb müssen wir uns schon jetzt um die medizinische Daseinsvorsorge bemühen.

Der Ausschuss gibt die Empfehlung, dass der Landrat und die Unterzeichnenden gemeinsam einen Brief mit den Forderungen aus dem Positionspapier an folgende Behörden und Institutionen verteilen:

- Landesregierung
- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration im Landtag Sachsen-Anhalt
- Fraktionsvorsitzende des Landtages
- Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt
- Ärzte- und Zahnärztekammer des Landes Sachsen-Anhalts

zu TOP 7 Vorstellung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung im Landkreis Stendal **Berichterstatter: Herr Dr. Rensinghoff**

Herr Dr. Rensinghoff zeigt Beispiele von Barrieren aus seinem bisherigen Arbeitsfeld. Die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung dient dazu, auf diese Probleme aufmerksam zu machen. (siehe beigegefügte Präsentation) Die Grundlage für die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung bildet § 32 Abs. 3 SGB IX. Die seit dem 01.01.2018 rechtsverbindlich vorgeschrieben ist. Das Bundesteilhabegesetz ist seit dem 01.01.2017 in Kraft und schrittweise werden bis 01.01.2023 die Forderungen aus diesem Gesetz umgesetzt. Eine davon ist die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung. In dieser geht es um die Beratung Betroffener durch Betroffene. Das s. g. „Peer Counseling“. Der Fokus beim „Peer Counseling“ liegt bei der Beratung. Ich bevorzuge jedoch den „Peer Support“. Dieser wurde 1992 entwickelt. Er beinhaltet die Hilfe von einer behinderten Person, die über eigene behinderungsbedingte Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt und andere behinderte Personen unterstützt und assistiert. Der Fokus liegt hier auf der Unterstützung z. B. in der Begleitung zu Behörden und bei der Beantragung von Hilfsmitteln. Die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung ist in der Hallstraße 49 in Stendal zu finden. Am Freitag dem 18. Mai 2018 wird in der Zeit von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr die Eröffnung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung stattfinden. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Herr Graubner: Es ist ein Zufall, dass der Behindertenverband und die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung so eng nebeneinander untergebracht sind. Es ist jedoch auch ein glücklicher Umstand. In der Hallstraße haben wir den Vorteil, dass diese barrierefrei ist und es einen guten Austausch und eine mögliche Hilfe bei der fachlichen Beratung gibt. Viele Menschen mit Behinderung erkundigen sich nicht nach Teilhabeleistungen.

Teilhabe kann nicht durch ein Gesetz verordnet werden, sie muss täglich errungen und gelebt werden. Wichtig ist, dass die Menschen die Möglichkeit der Beratung haben.

Frau Paschke: Dieses ist ein Prozess, der sich zunehmend verändert. Noch vor 10 Jahren hat kaum jemand über diese Problematik gesprochen. Wenn man mit offenen Augen durch den Landkreis geht, muss man feststellen, dass immer mehr Menschen auf Hilfsmittel angewiesen sind. Es ist gut, dass es die Möglichkeit gibt, diesen Menschen Hilfestellung zu geben.

zu TOP 8 Information zur Arbeit der örtlichen Teilhabemanagerinnen im Landkreis Stendal Berichterstatte(r)innen: Frau Michelis, Frau Bolde

Frau Bolde und Frau Michelis berichten zum Stand des örtlichen Teilhabemanagement. (siehe beiliegende Präsentation)

Projektziel ist die selbstbestimmte und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen im Landkreis Stendal, durch Schaffung eines inklusiven Sozialraumes. Aktuell gibt es folgende Arbeitsschwerpunkte:

- Bestandsaufnahme sowie Vernetzungsarbeit
- Einzelfallarbeit
- Eingliederung in bestehende Netzwerke z. B. Unterstützung des Behindertenbeirates
- Zusammenarbeit mit der Behindertenbeauftragten des Landkreises Stendal
- Befragung zur Teilhabe im Landkreis Stendal
- Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen

Weitere Unterziele sind Teilhabebarrrieren zu identifizieren, Schnittstellen und zentrale Anlaufstellen herzustellen, Netzwerkarbeit zu intensivieren und für den Landkreis Stendal ein Aktionsplan aufzustellen. Die Vernetzungsarbeit wird über den gesamten Projektzeitraum einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit bilden. Durch die Öffentlichkeitsarbeit soll eine Sensibilisierung der Menschen für das Thema Inklusion und Teilhabe stattfinden. Dazu gab es am 05.05.2018 zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung eine Veranstaltung in der Bürgerhalle Stendal unter dem Thema „Inklusion von Anfang an“. An dieser Aktion haben sich unterschiedliche Regionale Akteure beteiligt. Ein Kooperationspartner war der Paritätische Wohlfahrtsverband Regionaldirektion Nord. Finanziert wurde diese Veranstaltung durch die Aktion Mensch. Im Zeitraum April bis Juli 2018 wird es ein Hochschulseminar für Rehapyschologen geben. Es geht um die Erhebung von vorhandenen Strukturen und Teilhabebarrrieren unter Beachtung der verschiedenen Behandlungsfelder. Die Studenten der Hochschule werden gemeinsam mit den Teilhabemanagern einen Fragebogen entwickeln, zu folgenden Handlungsfeldern:

- Bildung, Arbeit und Beschäftigung
- Mobilität
- Wohnen
- Gesundheit und Pflege
- Kultur, Sport und Freizeit
- Kommunikation, Politik und öffentliches Leben

Die Ergebnisse dieser Befragung werden als Grundlage in den Aktionsplan des Landkreises Stendal einfließen. Im August 2018 wird es gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten des Landkreises Stendal ein Schulprojekt „Barrierefrei in Seehausen“ der Gemeinschaftsschule Seehausen an 4 Tagen geben. Am 16. Oktober 2018 findet beim Landkreis Stendal eine Veranstaltung zum Thema „Inklusion – die Zukunft des Landkreises aktiv mitgestalten“ statt. Am 03. Dezember 2018 ist zum internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen eine Veranstaltung „Essen im dunkeln“ geplant.

Die Teilhabemanagerinnen führen an jedem 1. Donnerstag im Monat in der Kreisverwaltung Raum 254 einen Sprechtag in der Zeit von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr durch.

Herr Graubner: Ich bedanke mich bei den Teilhabemanagerinnen und möchte noch hinzufügen, dass durch die Arbeit dieser Beiden der Behindertenbeirat noch besser in der Lage ist zusammenzuarbeiten. Es werden neue Strukturen der Zusammenarbeit entwickelt.

Ich möchte noch einmal an den Termin am 10.06.2018 im Tiergarten in Stendal „Fest der Begegnung“ erinnern. Unter der Schirmherrschaft des Landrates wird hier auch ein Thema „Das örtliche Teilhabemanagement“ sein. Ich möchte darüber informieren, dass der allgemeine Behindertenbeirat den Landrat ausgezeichnet hat, für seinen Einsatz in der Behindertenarbeit. Der Ausschuss sollte in Abständen auch weiterhin unterrichtet werden, zu weiteren Arbeit der Teilhabemanager.

Frau Paschke: Netzwerke haben eine wichtige Funktion. Sie können z. B. auch bei der Verteilung der Fragebögen behilflich sein. Als Vorsitzende der Kreissenorenvertretung biete ich mich an, Sie zu unterstützen. Es gibt auch in anderen Landkreisen Teilhabemanager, sind Sie mit diesen im Erfahrungsaustausch? Weshalb wird der Fragebogen zur Erhebung von Barrierefreiheiten neu entwickelt? Gibt es diese nicht bereits?

Frau Bolde: Einmal im viertel Jahr findet ein Treffen mit den Teilhabemanagern anderer Landkreise statt. Bezüglich des Fragebogens ist festzustellen, dass jeder Landkreis andere Bedingungen hat. Uns ist es wichtig, die Spezifika des Landkreises herauszuarbeiten.

Herr Dr. Rensinghoff: Ich möchte darauf hinweisen, dass es auch bei der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung eine Vernetzung auf Länderebene gibt.

zu TOP 9 Vorstellung des Konzeptes zur Integrationsassistenz der ProJob Altmark **Berichterstatter: Herr Wernicke**

Der Tagesordnungspunkt 9 wurde abgesetzt.

zu TOP 10 Anfragen und Hinweise

Herr Dr. Richter-Mendau: Positionspapiere bezüglich der ärztlichen Versorgung mit Haus- und Fachärzten sind sicher bundesweit vorhanden. Deshalb habe ich auch keine große Hoffnung, dass es diesbezüglich zufriedenstellende Ergebnisse gibt. Natürlich gibt es die gesetzliche Pflicht der Daseinsvorsorge, aber deren Erfüllung wird schwierig. Zu meiner Ausbildungszeit wurde die Besetzung von Arztstellen staatlich gesteuert. Heute hat jeder Absolvent die freie Wahl. Abschließend möchte ich Ihnen noch ein Buch einer querschnittsgelähmten Person nahelegen, mit dem Titel „Zum Aufgeben ist es zu spät“. Der Autor ist Timo Ameruoso.

Herr Graubner: Ich möchte alle Ausschussmitglieder am 10.06.2018 zum Fest der Begegnung ab 13:00 Uhr in den Tierpark Stendal einladen.

Frau Paschke: Ich gebe bekannt, dass die nächste reguläre Ausschusssitzung am 13.06.2018 im Krankenhaus Seehausen stattfindet.